

Hintergrundpapier zum globalen Plastikabkommen

INC 5.2.:

Vom 5. bis 14. August 2025 in Genf, Schweiz

Verhandlungen zum UN-Plastikabkommen – die Eckpunkte

- Die Vereinten Nationen verhandeln aktuell über ein globales Abkommen, um die Plastikverschmutzung weltweit zu bekämpfen. Vom 5. bis 14. August findet in Genf die entscheidende Verhandlungsrunde (INC-5.2) statt.
- Größte Minister:innenbeteiligung bisher: Erwartet werden mehr als 3.000 Teilnehmende: Über 70 hochrangige Regierungsvertreter:innen (Minister:in oder Vizeminister:in), über 800 Delegierte aus 160 Mitgliedsstaaten und knapp 2.000 Vertreter:innen von über 600 Organisationen – darunter NGOs, UN-Einrichtungen und Lobbygruppen der Industrie.
- Ziel ist es, sich auf einen finalen Text für das Abkommen zu einigen. Jedoch liegen die Positionen der Staaten bei vielen zentralen Elementen noch weit auseinander.
- Vor allem Lobbyist:innen der großen Petrochemie- und Plastikkonzerne sowie große Ölproduzenten wie Saudi-Arabien, Iran und Russland versuchen ein starkes Plastikabkommen zu verhindern.
- Dabei bietet das Abkommen eine einmalige Chance, Gesundheit, Umwelt und Klima vor den schädlichen Auswirkungen von Plastik und Plastikmüll zu schützen.
- Greenpeace fordert ein starkes und verbindliches Plastikabkommen. Das bedeutet konkret:
 - Verbindliche Ziele zur Reduktion der weltweiten Plastikproduktion: Minus 75 Prozent bis 2040
 - Verbote für Einwegplastik und gefährliche Chemikalien
 - Verbindliche Mehrwegquoten
 - Neuer globalen Fonds mit zusätzlichen Mitteln für die solidarische Umsetzung

Worum geht es?

Die internationale Staatengemeinschaft verhandelt seit 2022 über ein globales, rechtlich verbindliches Abkommen, um die Plastikverschmutzung wirksam zu bekämpfen. Ziel ist es, den gesamten Lebenszyklus von Plastik zu regulieren – von der Produktion über die Nutzung bis hin zur Entsorgung. Das Abkommen soll Umwelt, Gesundheit, Klima und Biodiversität vor den negativen Auswirkungen von [Plastik](#) schützen.

Bisheriger Verlauf und aktueller Stand

Die UN-Umweltversammlung (UNEA) gab im März 2022 den Startschuss. Noch im selben Jahr nahm das zwischenstaatliche Verhandlungskomitee (INC) seine Arbeit auf, mit dem Ziel, bis Ende 2024 zu einem Abschluss zu kommen. Fünf Verhandlungsrunden haben bisher stattgefunden, zuletzt die INC-5 im November 2024 in Busan in Südkorea. Diese wurde ohne Ergebnis am Morgen des 2. Dezembers 2024 pausiert und wird ab dem 4. August 2025 in Genf fortgesetzt.

Die wichtigste ungeklärte Frage bleibt, ob das Abkommen tatsächlich den ganzen Lebenszyklus von Plastik betrachtet oder nur den Plastikmüll am Ende.

Besonders umstritten sind aktuell folgende Abschnitte des Vertragstextes:

- Gefährliche Chemikalien und Produkte (Art. 3),
- Plastikproduktion (Art. 6),
- Finanzierung (Art. 11),
- Entscheidungsfindung und Abstimmungen (Art. 20).

Auch wenn in Busan keine Einigung erzielt wurde, gab es wichtige Fortschritte. Noch nie waren wir einem Abschluss der Verhandlungen so nah. Das Momentum für ein ambitioniertes Abkommen war noch nie so groß wie jetzt. Mehr als 100 Staaten – darunter auch Deutschland – haben sich in Busan bereits auf ein mögliches Verhandlungspaket verständigt und so ihre Erwartungen an ein Abkommen zum ersten Mal klar formuliert. Es enthält die wesentlichen Elemente für ein verbindliches Abkommen inklusive eines Ziels zur Reduktion der Plastikproduktion, einem Verbot von problematischen Einwegplastik und schädlichen Chemikalien sowie einem fairen Finanzierungsmechanismus. Dabei rückt die Reduktion der Plastikproduktion zunehmend als Kernelement des Abkommens in den Fokus.

Dieses Paket dient nun als Grundlage der ambitionierten Staaten für die nächste Verhandlungsrunde (INC-5.2 in Genf). Im Juni dieses Jahres haben 96 Staaten, darunter erneut Deutschland, im Rahmen der UN-Ozeankonferenz (UNOC) noch einmal ihre Unterstützung für dieses Paket und für ein starkes Abkommen bekräftigt.

Auch die Industrie zeigt Bewegung: Die Business Coalition for a Global Plastics Treaty hat sich öffentlich für ein Abkommen mit globalen Regeln und einer Reduktion der Produktion und Verwendung von Plastik ausgesprochen.

Die Verhandlungen haben inzwischen eine politische Ebene erreicht. Um sich auf das Paket für das endgültige Abkommen zu einigen, müssen übergreifende Lösung der strittigen Themen gefunden werden – allen voran die Frage, ob die Reduktion der Plastikproduktion Teil des Abkommens wird. Dies erfordert Verhandlungsführer:innen mit mehr Verhandlungsmacht. Für Genf haben sich bereits über 70 hochrangige politische Vertreter:innen angekündigt, darunter für Deutschland Staatssekretär Flasbarth (SPD).

Die Akteur:innen: Von ambitionierten Staaten bis Blockierer:innen

Staaten mit höheren Ambitionen unterstützen verbindliche Ziele zur Reduktion der Plastikproduktion, ein Verbot problematischer Chemikalien und Produkte, sowie faire Finanzierungsmechanismen für die Umsetzung. In Busan hat sich **Panama** als neuer Vorreiter der ambitionierten Staaten hervorgetan. Außerdem gehören dazu die **EU, Deutschland, Frankreich, Peru** und **Ruanda**. Sie stellen die Mehrheit der Staaten. 96 von ihnen (darunter Deutschland) haben ihre Position mit einer gemeinsamen Erklärung während der UN Ozeankonferenz im Juni dem “Nice Wake Up Call” bestätigt.

Weniger ambitionierte Staaten konzentrieren sich vor allem auf die Bekämpfung von Meeresmüll und den Ausbau der Abfallwirtschaft, dabei ignorieren sie die negativen Folgen der Plastikproduktion und -nutzung. Sie drängen darauf, dass der Vertrag sich auf nationale Aktionspläne statt auf global verbindliche Vereinbarungen konzentriert. Beispiele hierfür sind Indonesien, Indien, Japan und Südkorea. Der Großteil dieser Länder ist jedoch gesprächsbereit zu Themen wie Plastikproduktion und -chemikalien.

Eine Handvoll Länder **blockieren** weiterhin aktiv die Verhandlungen. Die großen **Öl- und gasproduzierenden Länder wie Saudi-Arabien, Russland oder Iran setzen sich für die Aufrechterhaltung des Status Quos ein**. Sie stellen das Mandat in Frage und wollen die Verhandlungen auf das Thema Plastikmüll am Ende des Lebenszyklus beschränken. Sie blockieren immer wieder die Verhandlungen und lehnen jegliche Gespräche zu Plastikproduktion und -chemikalien ab.

Die Rolle Deutschlands: Unter der vorherigen Bundesregierung zählte Deutschland zu den ambitionierten Ländern. Bundesumweltministerin Steffi Lemke sprach sich wiederholt

öffentlich für ein starkes Abkommen aus. Die neue Bundesregierung hat zwar das ambitionierte UNOC-Statement mitunterzeichnet, aber bislang hat sie keine offizielle Position für die kommende Verhandlung bezogen. Der Leiter der deutschen Delegation leitet die Verhandlungsgruppe, in der über viele strittige Fragen diskutiert wird: Umfang des Abkommens, Plastikproduktion, Verbot von Chemikalien und Produkten.

Was steht bei der INC-5.2 in Genf auf dem Spiel?

Die Zeichen verdichten sich, dass die Verhandlungsrunde in Genf die letzte sein könnte. Doch die Gefahr ist groß, dass das Abkommen mit einem zu schwachen Ergebnis endet. Denn die Gräben zwischen den verhandelnden Staaten sind weiterhin tief. Bereits in den vergangenen Verhandlungsrunden haben einige wenige Länder mit Unterstützung der Industrielobby die Verhandlungen aktiv blockiert, insbesondere ölfördernde Staaten, die die Plastikproduktion steigern und damit ihren Profit maximieren wollen.

Damit das Plastikabkommen tatsächlich die menschliche Gesundheit, die Umwelt und das Klima wirksam schützt, muss es den gesamten Lebenszyklus von Plastik berücksichtigen – von der Produktion bis zur Entsorgung – und folgende zentrale Element enthalten:

- **Plastikproduktion:** Verbindliche globale Reduktionsziele für die Herstellung von Neuplastik
- **Chemikalien und Produkte:** Verbindliche Verbote für gefährliche Chemikalien und besonders schädliche Produkte
- **Entscheidungsfindung:** Möglichkeit zur Abstimmung, wenn kein Konsens erzielt wird
- **Finanzierung:** Neuer Fonds mit klaren Governance-Strukturen und neuen, zusätzlichen Mitteln für eine faire Umsetzung und dessen Einhaltung

Um eine Einigung zu erzielen, müssen alle Seiten Kompromissbereitschaft zeigen. Gleichzeitig dürfen die "roten Linien" ambitionierter Staaten nicht weiter aufgeweicht werden – sie sind entscheidend für ein wirksames Abkommen. Das in Busan ausgehandelte Paket, das bereits von über 100 Staaten unterstützt wird, bietet hierfür eine solide Grundlage.

Szenarien für den Ausgang/ So könnte die INC-5.2 enden:

Starkes Abkommen: Ein effektives Abkommen wird mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen, nachdem alle Bemühungen um einen Konsens gescheitert sind. Vorher müssten sich die Staaten jedoch auf eine Geschäftsordnung einigen. Dies würde jedoch einen großen politischen Kampf mit Ländern bedeuten, die sich stark für eine konsensbasierte Entscheidungsfindung einsetzen, und ist ein Schreckgespenst, das seit INC-2 über dem Prozess schwebt. Dies ist das Abkommen, das wir brauchen, um Menschen und Umwelt effektiv vor den negativen Folgen von Plastik zu schützen.

Rahmenabkommen: INC-5.2 schafft einen Weg für künftige ehrgeizige Ziele, d.h. die Schaffung eines Opt-out-Mechanismus für die ehrgeizigsten Maßnahmen (siehe MARPOL) oder durch ein Rahmenübereinkommen, das die Möglichkeit bietet, Anhänge und Protokolle zu verabschieden, denen die Parteien später beitreten können (siehe Montrealer Protokoll).

Weitere Verhandlungsrunde: Am Ende der INC 5.2 stehen die Staaten kurz vor einer Einigung, aber einige Fragen sind noch ungelöst, so dass die Länder sich auf eine weitere Verhandlungsrunde verständigen – entweder eine INC-5.3, eine Verhandlung im Rahmen der UN-Generalversammlung oder UNEA 7.

Koalition der Willigen: Die INC-5.2 scheitert. Doch die ehrgeizigen Länder einigen sich darauf, ein Abkommen außerhalb der Vereinten Nationen zu bilden – nach dem Vorbild der Ottawa-Konvention über Landminen. Dies ist zwar kein ideales Ergebnis, wenn es darum geht, die Wirksamkeit des Vertrags zu gewährleisten, aber es steht im Einklang mit den jüngsten Bewegungen in Richtung „Minilateralismus“ – d.h. kleine Gruppen von Nationen, die zusammenarbeiten, um sinnvolle Ergebnisse zu erzielen – und muss eine wichtige politische Überlegung für die Verhandlungsführer der INC-5.2 sein.

Aus der Sicht von Greenpeace wäre ein schwaches Abkommen schlimmer als keines:

Es würde als Erfolg verkauft, ohne die Plastikverschmutzung wirksam zu bekämpfen. Nur ein ambitioniertes Abkommen kann den ursprünglichen Zielen gerecht werden und bietet echten Schutz für Mensch und Umwelt.

Greenpeace fordert:

Die Bundesregierung muss sich in Genf klar und aktiv für ein starkes, effektives Abkommen einsetzen – und dabei ihre Positionen zu Plastikproduktion, gefährlichen Chemikalien und Finanzierung nicht weiter aufweichen. Die Plastikverschmutzung hat sich längst zu einer weltweiten Umwelt- und Gesundheitskrise entwickelt. Sie kann nur global und an der Quelle wirksam bekämpft werden. Jetzt gibt es die historische Chance, den Kurs zu ändern und die Plastikflut einzudämmen. Dieses Zeitfenster dürfen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Bei Rückfragen:

Experte für Plastik und Kreislaufwirtschaft Moritz Jäger-Roschko; moritz.jaeger-roschko@greenpeace.org; Tel. +49 171-6474864. Bis zum 31. Juli: Pressesprecherin Eva Boller, eva.boller@greenpeace.org, +49 151 55685879. Ab dem 1. August: Pressesprecherin Andi Nolte, andrea.nolte@greenpeace.org, +49 175-2083755.

Treten Sie der Signal-Gruppe „**Greenpeace INC-5.2 Medien Update**“ über diesen Link bei oder kontaktieren Sie uns, dann fügen wir Sie hinzu.